

(Abg. Dr. Schfert.)

(A) heit gegeben, sich auf Grund reicheren Materials das Urteil zu bilden, und dann wäre es, davon bin ich überzeugt, anders ausgefallen. Auch das Seminar hat Unvollkommenheiten, und darum streben wir ja nach einer Erweiterung und Vertiefung der Lehrerbildung. Aber die Herren, die hier in Frage kommen, haben ihre Pflicht getan im Rahmen dessen, was möglich war. Sie haben nach besten Kräften und mit klarer Erkenntnis der Aufgaben der Volksschule ihre eigene Aufgabe treu getan. Darum danken sie dem Herrn Minister, daß er erklärt hat, auf der Grundlage, die zwar verbreitert und verstärkt werden solle, solle das Seminar auch für die Zukunft stehen und sich weiterentwickeln. Bei Ihnen aber, verehrte Herren, bitte ich für das Seminar in Ihrer Beurteilung um Gerechtigkeit.

(Lebhaftes Bravo! in der Mitte.)

**Präsident:** Das Wort hat der Herr Abg. Koch.

Abg. Koch: Meine Herren! Ich will mich zunächst dem Berichte selbst zuwenden, um erst dann zum Schlusse auf die Ausführungen zurückzukommen, die in der Ersten Kammer gemacht worden sind.

(B) Der Bericht beschäftigt sich ziemlich eingehend mit drei Petitionen: mit den Petitionen von Blasewitz, von den Lößnitzortschaften und von Freiberg. Bei ersteren beiden handelt es sich um die Gewährung eines Staatszuschusses oder wenigstens um eine Erhöhung, bei der Stadt Freiberg um die Verstaatlichung des dortigen Realgymnasiums.

Ich bin im allgemeinen hier mit den Erklärungen der Regierung sehr einverstanden, namentlich zunächst hinsichtlich des Realgymnasiums in Blasewitz. Auf S. 7 ist diese Regierungserklärung wiedergegeben, und es verdient doch hervorgehoben zu werden, daß alle die in Frage kommenden Orte, die Staatsunterstützung in erhöhtem Maße erhalten, wesentlich mehr Klassen haben als Blasewitz. Dann kommt doch auch hinzu — das erkennen wir auch an —, daß man den Gemeinden beispringen soll, die dessen wirklich bedürftig sind, und dazu gehört doch offenbar dieser Ort am allerwenigsten.

(Sehr richtig!)

Nun werde ich zwar nicht gegen das Deputationsvotum stimmen, da die Regierung selbst erklärt hat, die Petition zur Kenntnis nehmen zu wollen, das heißt doch wohl: für die Zukunft, wenn die Zahl der Klassen vermehrt sein wird und wenn sich auch die finanziellen Verhältnisse verschlechtert haben sollten.

Was dann die Petition der Lößnitzortschaften anlangt, so sind ja hier sehr eigentümliche Verhältnisse. Drei Gemeinden haben sich zusammengeschlossen, um ein Realgymnasium zu errichten. Eine Gemeinde, Niederlößnitz, hat sich einfach ausgeschlossen und spielt den tertius gaudens, um zuzusehen, ob sich die Sache macht oder nicht. Jedenfalls kann man diese Gemeinde nicht unterstützen, wenn sie verlangt, daß sie nun hinsichtlich des Schulgeldes mit den übrigen Gemeinden gleich behandelt wird. Es ist erfreulich, daß wohl auch die Deputation schließlich der Regierung hier beigetreten ist, die offenbar ganz recht hat.

Etwas anderer Meinung bin ich dagegen hinsichtlich Freibergs. Freiberg ist die Gemeinde, mit der wir uns jetzt in der Beschwerdedeputation außerordentlich viel haben beschäftigen müssen, weil wir die Petitionen wegen des Zurückgehens des Bergbaues zu behandeln hatten. Es ist gar keine Frage, daß eben bei Freiberg insofern die Verhältnisse anders liegen, als durch den Rückgang und das Aufhören des Bergbaues die Stadt schwer zu kämpfen hat. Ich wäre also sehr gern bereit, um dieses Ausnahmefalles willen für Freiberg einzutreten, daß die Verstaatlichung des Realgymnasiums vorgenommen wird, selbst unter der Voraussetzung, daß Freiberg doch auch sonst hinsichtlich seiner Bildungsanstalten vom Staate unterstützt wird. Es ist in der Begründung darauf hingewiesen worden, daß bei Borna ein Ausnahmefall vorgelegen habe. Ich glaube, die Ausnahme liegt auch hier vor und ist anzuerkennen. So viel über unseren Standpunkt zu diesen Petitionen.

Ein weiterer Punkt, zu dem ich mich äußern will, ist die leidige Ferienfrage. Ich will lediglich deshalb dazu reden, weil ich für Beseitigung der Ungleichheit eintreten will, wie ich schon im letzten Landtage ausgeführt habe. Ja nicht soll das Eintreten so aufgefaßt werden, als wollte ich nun mehr Ferien heraus schlagen. Ich weiß sehr wohl, daß fast kein Stand oder überhaupt kein Stand so günstig hinsichtlich freier verfügbarer Zeit gestellt ist wie der Lehrerstand. Ich erkenne das vollkommen an und bin absolut nicht etwa darauf aus, nun durch die Stellung hier im Landtage einen Vorteil für uns herauszuschlagen. Aber die Beseitigung von Ungerechtigkeiten nach der einen oder anderen Seite muß doch nun endlich einmal erfolgen. In Dresden und Leipzig sind bekanntlich für die höheren Schulen längere Sommerferien als für die Lehrerseminare.

Nun weist man darauf hin: Ja, warum bekommen denn die Seminare wenigstens in Dresden nicht längere